

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1962

Ausgegeben am 20. Juni 1962

37. Stück

- 150.** Kundmachung: Ausdehnung des Geltungsbereiches des Übereinkommens, betreffend die Sklaverei und des Abänderungsprotokolls hiezu.
- 151.** Kundmachung: Erweiterung des Geltungsbereiches der Europäischen Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse.
- 152.** Kundmachung: Beitritt weiterer Staaten zum internationalen Abkommen zur Schaffung eines internationalen Tierseuchenamtes in Paris.
- 153.** Kundmachung: Erweiterung des Geltungsbereiches des Pariser Unionsvertrages zum Schutze des gewerblichen Eigentums.
- 154.** Kundmachung: Erweiterung des Geltungsbereiches des Übereinkommens über die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).
- 155.** Luftverkehrsabkommen zwischen Österreich und Spanien.
- 156.** Abänderungen des Europäischen Währungsabkommens.
- 157.** Zusatzprotokoll Nr. 4 zur Abänderung des Europäischen Währungsabkommens und des Protokolls über die vorläufige Anwendung.

150. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 30. April 1962 über die Ausdehnung des Geltungsbereiches des am 25. September 1926 in Genf abgeschlossenen Übereinkommens, betreffend die Sklaverei, und des Abänderungsprotokolls hiezu vom 7. Dezember 1953.

1. Nach Mitteilungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen haben seit der Kundmachung BGBl. Nr. 128/1959 nachstehende Staaten die Erklärung abgegeben, sich an das Übereinkommen, betreffend die Sklaverei, vom 25. September 1926, BGBl. Nr. 17/1928, gebunden zu achten:

Niger, die Elfenbeinküste und Kamerun.

2. Nach weiteren Mitteilungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen sind folgende Staaten dem Übereinkommen, betreffend die Sklaverei, vom 25. September 1926, in der Fassung des Abänderungsprotokolls vom 7. Dezember 1953, BGBl. Nr. 183/1956, beigetreten:

Jordanien und Nigeria.

3. Nach einer weiteren Mitteilung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen ist Marokko, das dem Übereinkommen, betreffend die Sklaverei, bereits angehört hat, dem Abänderungsprotokoll vom 7. Dezember 1953 beigetreten.

Gorbach

151. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 7. Mai 1962, betreffend die Erweiterung des Geltungsbereiches der Europäischen Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse vom 11. Dezember 1953.

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarates haben seit der Kundmachung BGBl. Nr. 251/1957 folgende Staaten ihre Ratifikations- beziehungsweise Beitrittsurkunden zur Europäischen Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse, BGBl. Nr. 44/1957, hinterlegt:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunde:
Schweden	27. Mai 1960
Spanien	21. März 1962

Gorbach

152. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 10. Mai 1962 über den Beitritt weiterer Staaten zum internationalen Abkommen zur Schaffung eines internationalen Tierseuchenamtes in Paris.

Nach einer Mitteilung der Regierung der Französischen Republik sind folgende weitere Staaten dem internationalen Abkommen zur Schaffung eines internationalen Tierseuchenamtes in Paris, BGBl. Nr. 285/1928, beigetreten:

Elfenbeinküste, Mali, Ober-Volta, Senegal und Zypern.

Gorbach

153. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 15. Mai 1962, betreffend die Erweiterung des Geltungsbereiches des Pariser Unionsvertrages zum Schutze des gewerblichen Eigentums vom 20. März 1883 in der Londoner Fassung vom 2. Juni 1934, BGBl. Nr. 7/1948.

Nach Mitteilungen der Schweizerischen Botschaft in Wien sind seit der Kundmachung BGBl. Nr. 46/1960 folgende Staaten dem Pariser Unionsvertrag zum Schutze des gewerblichen Eigentums vom 20. März 1883, revidiert in Brüssel am 14. Dezember 1900, in Washington am 2. Juni 1911, im Haag am 6. November 1925 und in London am 2. Juni 1934, BGBl. Nr. 7/1948, beigetreten:

	Tag des Inkrafttretens:
San Marino	4. März 1960
Vatikanstadt	29. September 1960
Island	5. Mai 1962

Gorbach

154. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 21. Mai 1962, betreffend die Erweiterung des Geltungsbereiches des Übereinkommens über die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs der OECD haben noch folgende Staaten ihre Ratifikationsurkunden zum Übereinkommen über die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), BGBl. Nr. 248/1961, bei der französischen Regierung hinterlegt:

	Datum des Inkrafttretens:
Niederlande	13. November 1961
Luxemburg	7. Dezember 1961
Italien	29. März 1962

Gorbach

155.

Luftverkehrsabkommen zwischen Österreich und Spanien.

Die Österreichische Bundesregierung und die Regierung von Spanien sind

als Signatarstaaten des 1944 in Chicago unterzeichneten Abkommens über die internationale Zivilluftfahrt

in Übereinstimmung mit den Empfehlungen der Europäischen Zivilluftfahrtskonferenz und vom Wunsche geleitet, den Zivilluftverkehr zwischen den Gebieten Österreichs und Spaniens zu regeln und zu fördern, übereingekommen, dies durch die folgenden Bestimmungen in Kraft zu setzen:

Artikel 1. Flugverkehrsrechte.

(1) Jeder Vertragsschließende Teil gewährt dem anderen Vertragsschließenden Teil die in dem vorliegenden Abkommen bezeichneten Rechte zum Zwecke der Errichtung regelmäßiger internationaler Fluglinien auf den festgelegten Flugstrecken. Die von jedem Vertragsschließenden Teil namhaft gemachten Fluglinienunternehmen genießen beim Betrieb einer vereinbarten Fluglinie auf den festgelegten Flugstrecken das Recht:

- a) das Gebiet des anderen Vertragsschließenden Teiles ohne Landung zu überfliegen,
- b) im Gebiet des anderen Vertragsschließenden Teiles zu nichtgewerbsmäßigen Zwecken zu landen,
- c) im Gebiet des anderen Vertragsschließenden Teiles an den in den Flugstreckenplänen bezeichneten Punkten zu landen, um, unter

Convenio entre España y Austria sobre Transporte Aéreo.

El Gobierno de España y el Gobierno Federal de Austria, ambos signatarios del Convenio Internacional de Aviación Civil firmado en Chicago en 1944, animados del deseo de regular y fomentar el tráfico aéreo civil entre sus respectivos territorios, España y Austria, han convenido, de acuerdo con las Recomendaciones de la Comisión Europea de Aviación Civil, llevarlo a efecto mediante las estipulaciones siguientes:

Artículo 1º. — Derechos de tráfico.

1. Cada una de las Partes Contratantes concede a la otra Parte Contratante los derechos especificados en el presente Convenio, con el fin de establecer servicios aéreos internacionales regulares en las Rutas Especificadas. Las Empresas de transporte aéreo designadas por cada Parte Contratante gozarán, mientras exploten un Servicio convenido en una Ruta Especificada, de los siguientes derechos:

- a) Sobrevolar, sin aterrizar, el territorio de la otra Parte Contratante.
- b) Hacer escalas en dicho territorio para fines no comerciales.
- c) Hacer escalas en los puntos del territorio de la otra Parte Contratante que se especifiquen en el Cuadro de Rutas, para tomar

Ausschluß jeder auf diesem Gebiet stattfindenden Kabinage, im Rahmen des internationalen Luftverkehrs Fluggäste, Post und Fracht aufzunehmen und abzusetzen.

(2) Die Flugstrecken, auf denen die namhaft gemachten Fluglinienunternehmen berechtigt sind, internationale Fluglinien zu betreiben, sollen in einem Flugstreckenplan festgelegt werden (in der Folge „vereinbarte Fluglinien“ und „festgelegte Flugstrecken“ genannt), der durch die Luftfahrtbehörden der beiden Vertragschließenden Teile zu vereinbaren ist.

Artikel 2. Erforderliche Bewilligungen.

(1) Jeder Vertragschließende Teil hat das Recht, dem anderen Vertragschließenden Teil ein oder mehrere Fluglinienunternehmen schriftlich zum Betrieb der vereinbarten Fluglinien auf den festgelegten Flugstrecken namhaft zu machen.

(2) Nach Empfang dieser Namhaftmachung erteilt der andere Vertragschließende Teil — gemäß den Bestimmungen der Abs. 4 und 5 dieses Artikels — dem oder den namhaft gemachten Fluglinienunternehmen unverzüglich die erforderlichen Bewilligungen.

(3) Jeder Vertragschließende Teil hat das Recht, durch schriftliche Benachrichtigung des anderen Vertragschließenden Teiles die Namhaftmachung eines Fluglinienunternehmens zurückzuziehen und ein anderes Fluglinienunternehmen namhaft zu machen.

(4) Die Luftfahrtbehörden eines Vertragschließenden Teiles können von einem durch den anderen Vertragschließenden Teil namhaft gemachten Fluglinienunternehmen gemäß den Bestimmungen des Abkommens über die internationale Zivilluftfahrt (Chicago 1944) den Nachweis verlangen, daß es in der Lage ist, die Voraussetzungen jener Gesetze und Vorschriften zu erfüllen, die von diesen Luftfahrtbehörden auf den Betrieb von internationalen Fluglinien normaler- und billigerweise angewendet werden.

(5) Jeder Vertragschließende Teil hat das Recht, die Erteilung der in Abs. 2 angeführten Bewilligungen zu verweigern, falls nicht nachgewiesen wird, daß ein wesentlicher Teil des Eigentums und die tatsächliche Kontrolle dieses Fluglinienunternehmens bei dem Vertragschließenden Teil, der das Fluglinienunternehmen namhaft gemacht hat, oder dessen Staatsangehörigen liegen.

(6) Ein auf diese Weise namhaft gemachtes und zugelassenes Fluglinienunternehmen kann jederzeit den Betrieb der vereinbarten Fluglinien aufnehmen — vorausgesetzt, daß ein gemäß den Bestimmungen des Artikels 6 des vorliegenden Abkommens erstellter Tarif in bezug auf diese Fluglinien in Kraft gesetzt ist.

y dejar pasajeros, correo y carga en tráfico internacional, con exclusión del tráfico de cabotaje en dicho territorio.

2. Las rutas en las cuales las Empresas aéreas designadas estarán autorizadas a operar los servicios aéreos internacionales, se especificarán en un Cuadro de Rutas (en adelante denominado “Servicios Convenidos” y “Rutas Especificadas”) que elaborarán de común acuerdo las Autoridades Aeronáuticas de las dos Partes Contratantes.

Artículo 2º. — Autorizaciones necesarias.

1. Cada una de las Partes Contratantes tendrá derecho a designar, previa comunicación por escrito a la otra Parte Contratante, una o más Empresas de transporte aéreo para que exploten los Servicios Convenidos en las Rutas Especificadas.

2. Al recibir dicha designación, la otra Parte Contratante deberá, con arreglo a las disposiciones de los párrafos cuarto y quinto del presente Artículo, conceder sin demora a la Empresa o Empresas de transporte aéreo designadas, las autorizaciones necesarias.

3. Cada una de las Partes Contratantes tendrá el derecho de anular la designación que haya hecho de una Empresa aérea, así como sustituirla por otra Empresa distinta mediante notificación por escrito a la otra Parte.

4. Las Autoridades Aeronáuticas de una de las Partes Contratantes podrán exigir que la Empresa de transporte aéreo designada por la otra Parte Contratante demuestre, de conformidad con las disposiciones del Convenio de Aviación Civil Internacional (Chicago, 1944), que está en condiciones de cumplir con las obligaciones prescritas en las Leyes y Reglamentos, normal y razonablemente aplicados por dichas Autoridades a la explotación de los servicios aéreos internacionales.

5. Cada una de las Partes Contratantes tendrá el derecho de rehusar las autorizaciones mencionadas en el párrafo segundo de este Artículo cuando no esté convencida de que una parte sustancial de la propiedad y el control efectivo de esta Empresa se halle en manos de la Parte Contratante que ha designado a la Empresa o de sus nacionales.

6. Cuando una Empresa de transporte aéreo haya sido de ese modo designada y autorizada, podrá comenzar, en cualquier momento, a explotar los servicios convenidos, siempre que esté en vigor en dichos servicios una tarifa de conformidad con las disposiciones del Artículo 6º del presente Acuerdo.

Artikel 3. Widerruf und Untersagung.

(1) Jeder Vertragsschließende Teil hat das Recht, eine einem namhaft gemachten Fluglinienunternehmen erteilte Bewilligung zu widerrufen oder die Ausübung der in Artikel 1 des vorliegenden Abkommens umschriebenen Rechte durch dieses Fluglinienunternehmen zu untersagen,

- a) wenn ihm nicht nachgewiesen wird, daß ein wesentlicher Teil des Eigentums und die tatsächliche Kontrolle dieses Fluglinienunternehmens bei dem Vertragsschließenden Teil, der das Fluglinienunternehmen namhaft gemacht hat, oder bei Staatsangehörigen dieses Vertragsschließenden Teiles liegen, oder
- b) wenn dieses Fluglinienunternehmen die Gesetze und Vorschriften des Vertragsschließenden Teiles, der diese Rechte gewährt, nicht befolgt, oder
- c) wenn das Fluglinienunternehmen es in anderer Weise unterläßt, den Betrieb gemäß den im vorliegenden Abkommen vorgeschriebenen Bedingungen durchzuführen.

(2) Falls ein sofortiger Widerruf oder eine sofortige Untersagung nicht erforderlich ist, um weitere Verstöße gegen Gesetze und Vorschriften zu verhindern, soll dieses Recht erst nach Beratung mit dem anderen Vertragsschließenden Teil ausgeübt werden.

Artikel 4. Befreiungen von Zöllen und Abgaben.

(1) Luftfahrzeuge, die von den namhaft gemachten Fluglinienunternehmen eines Vertragsschließenden Teiles auf internationalen Fluglinien betrieben werden, ihre normale Ausrüstung, der Vorrat an Kraftstoff und Schmieröl sowie Bordvorräte (einschließlich Bordverpflegung, Getränke und Tabakwaren) an Bord eines solchen Luftfahrzeuges sind von Zöllen, Untersuchungsgebühren und anderen Abgaben und Gebühren bei der Ankunft im Gebiet des anderen Vertragsschließenden Teiles befreit, vorausgesetzt, daß diese Ausrüstung und diese Vorräte bis zur Wiederausfuhr an Bord verbleiben.

(2) Mit Ausnahme der sich auf geleistete Dienste beziehenden Entgelte sind von den in Abs. 1 angeführten Gebühren und Abgaben befreit:

- a) Bordvorräte, die im Gebiet eines Vertragsschließenden Teiles innerhalb der durch die Behörden dieses Vertragsschließenden Teiles festgesetzten Grenzen an Bord genommen werden und zum Gebrauch an Bord jener Luftfahrzeuge bestimmt sind, die auf internationalen Fluglinien des anderen Vertragsschließenden Teiles verwendet werden;
- b) Ersatzteile, die in das Gebiet eines Vertragsschließenden Teiles zum Zwecke der War-

Artículo 3º. — Anulación y suspensión.

1. Cada una de las Partes Contratantes se reserva el derecho de revocar una autorización concedida a una Empresa de transporte aéreo designada por la otra Parte Contratante, o de suspender el ejercicio por dicha Empresa de los derechos especificados en el Artículo 1º del presente Convenio:

- a) cuando no esté convencida de que una parte sustancial de la propiedad y el control efectivo de esa Empresa no se halla en manos de la Parte Contratante que ha designado a la Empresa ni de sus nacionales, o
- b) cuando esta Empresa no cumpla las Leyes o Reglamentos de la Parte Contratante que concede estos derechos, o
- c) cuando la Empresa aérea deje de explotar los Servicios convenidos con arreglo a las condiciones prescritas en el presente Acuerdo.

2. A menos que la revocación, o suspensión inmediata sean esenciales para impedir nuevas infracciones de las Leyes o Reglamentos, tal derecho se ejercerá solamente después de consultar a la otra Parte Contratante.

Artículo 4º. — Aduanas y exenciones.

1. Las aeronaves utilizadas en los servicios aéreos internacionales por las Empresas de transporte aéreo designadas de cualquier de las Partes Contratantes y su equipo habitual, combustible, lubricantes, así como suministros (incluso alimentos, bebidas y tabaco) a bordo de tales aeronaves, estarán exentos de todos los derechos de aduanas, de inspección u otros derechos o tasas al entrar en el territorio de la otra Parte Contratante, siempre que este equipo y provisiones permanezcan a bordo de la aeronave hasta el momento de su reexportación.

2. Estarán igualmente exentos de los mismos derechos y tasas, con excepción del pago por servicios prestados:

- a) Los suministros de a bordo embarcados en el territorio de cualquiera de las Partes Contratantes, dentro de los límites fijados por las Autoridades de dicha Parte Contratante, para su consumo a bordo de las aeronaves dedicadas a servicios internacionales de la otra Parte Contratante.
- b) Las piezas de repuesto introducidas en el territorio de una de las Partes Contratantes

tung und Reparatur von Luftfahrzeugen eingeführt werden, die auf internationalen Fluglinien durch die namhaft gemachten Fluglinienunternehmen des anderen Vertragschließenden Teiles verwendet werden;

- c) Kraft- und Schmierstoffe, die als Vorräte für Luftfahrzeuge bestimmt sind, die von den namhaft gemachten Fluglinienunternehmen des anderen Vertragschließenden Teiles auf internationalen Fluglinien eingesetzt werden; dies gilt auch dann, wenn diese Vorräte auf einem Teil des Fluges verbraucht werden, der über das Gebiet des Vertragschließenden Teiles führt, in dem sie an Bord genommen wurden.

Die unter lit. a, b und c angeführten Gegenstände können unter Zollaufsicht oder Zollkontrolle gehalten werden.

(3) Die normale Ausrüstung sowie andere Gegenstände und Vorräte, die sich an Bord des Luftfahrzeuges eines Vertragschließenden Teiles befinden, dürfen im Gebiete eines anderen Vertragschließenden Teiles nur mit Zustimmung der Zollbehörden dieses Gebietes entladen werden. In diesem Falle können sie bis zum Zeitpunkt ihrer Wiederausfuhr oder anderweitigen Verfügung gemäß den Zollvorschriften unter Aufsicht der obgenannten Behörden gehalten werden.

(4) Transitpassagiere sollen im Gebiet eines Vertragschließenden Teiles höchstens einer vereinfachten Zollkontrolle unterzogen werden. Gepäck und Fracht im direkten Transitverkehr sollen von Zollgebühren und anderen ähnlichen Abgaben befreit sein.

Artikel 5. Kapazitätsvorschriften.

(1) Den Fluglinienunternehmen der beiden Vertragschließenden Teile soll in gerechter und gleicher Weise Gelegenheit zum Betrieb der vereinbarten Fluglinien auf den festgelegten Flugstrecken zwischen ihren jeweiligen Gebieten gegeben werden.

(2) Die Vertragschließenden Teile haben auf den gemeinsamen Flugstrecken die gegenseitigen Interessen zu berücksichtigen und die diesbezüglichen Fluglinien nicht ungebührlich zu beeinträchtigen.

(3) Die von den namhaft gemachten Fluglinienunternehmen der beiden Vertragschließenden Teile betriebenen vereinbarten Fluglinien sollen in enger Beziehung zu dem Verkehrsbedürfnis auf den festgelegten Flugstrecken stehen und als Hauptaufgabe die Bereitstellung einer Kapazität haben, die bei angemessener Ausnützung ausreicht, den jeweiligen und normalerweise voraussehbaren Beförderungsbedarf für Fluggäste, Fracht und Post zwischen dem Gebiet des das Fluglinienunternehmen namhaft machenden Vertragschließenden Teiles und dem letzten Bestimmungsland des Verkehrs zu decken.

para el mantenimiento o reparación de las aeronaves utilizadas en los servicios aéreos internacionales por las Empresas de transporte aéreo designadas por la otra Parte Contratante; y

- c) El combustible y lubricantes destinados al abastecimiento de las aeronaves explotadas por las Empresas de transporte aéreo designadas por la otra Parte Contratante y dedicadas a servicios aéreos internacionales, incluso cuando estos suministros se consuman durante el vuelo sobre el territorio de la Parte Contratante en la cual se hayan embarcado.

Podrá exigirse que queden sometidos a vigilancia o control aduanero los Artículos mencionados en los subpárrafos a), b) y c).

3. El equipo habitual de las aeronaves, así como otros artículos y provisiones que se encuentren a bordo de las aeronaves de una Parte Contratante, no podrán desembarcarse en el territorio de la otra Parte Contratante, sin aprobación de las Autoridades aduaneras de dicho territorio. En tal caso, podrán mantenerse bajo vigilancia de dichas Autoridades hasta que sean reexportadas o se disponga de ellas de otra forma debidamente autorizada.

4. Los pasajeros en tránsito a través del territorio de una cualquiera de las Partes Contratantes estarán, a lo sumo, sujetos a un simple control. El equipaje y la carga en tránsito directo estarán exentos de derechos de aduanas y de otros derechos similares.

Artículo 5º. — Normas de capacidad.

1. Deberá existir justa e igual oportunidad para todas las Empresas de las dos Partes Contratantes, para realizar los Servicios convenidos en las Rutas Especificadas entre los territorios respectivos.

2. Las Partes Contratantes deberán tomar en consideración en los recorridos comunes sus intereses mutuos, a fin de no afectar de forma indebida sus servicios respectivos.

3. Los Servicios convenidos que realicen las Empresas designadas por las Partes Contratantes, deberán estar en relación directa con las necesidades del transporte en las Rutas Especificadas y tendrán como objetivo primordial ofrecer, con un coeficiente de carga razonable, adecuada capacidad para atender las necesidades presentes, o razonablemente previsibles, de transporte de pasajeros, carga y correo entre el territorio de la Parte Contratante que designa la Empresa aérea y el país de destino final del tráfico.

(4) Das Beförderungsangebot für Fluggäste, Fracht und Post, die an Punkten auf den festgelegten Flugstrecken im Gebiet anderer Staaten als jener, die das Fluglinienunternehmen namhaft gemacht haben, aufgenommen oder abgesetzt werden, soll dem allgemeinen Grundsatz entsprechen, daß sich die Kapazität nach

- a) der Verkehrsnachfrage zwischen dem Herkunftsland und den Bestimmungsländern,
- b) den Erfordernissen eines wirtschaftlichen Betriebes der betreffenden Fluglinien und
- c) der Verkehrsnachfrage in den durchquerten Gebieten, unter Berücksichtigung örtlicher und regionaler Fluglinien

richtet.

Artikel 6. Beförderungstarife.

(1) Die von den Fluglinienunternehmen eines Vertragschließenden Teiles für die Beförderung in das oder aus dem Gebiet des anderen Vertragschließenden Teiles zu berechnenden Beförderungstarife sollen angemessen sein und unter Beachtung auf alle einschlägigen Faktoren, insbesondere auf die Wirtschaftlichkeit des Betriebes, auf einen angemessenen Gewinn sowie auf die Tarife anderer Fluglinienunternehmen auf den gleichen Flugstrecken festgelegt werden.

(2) Die in Abs. 1 dieses Artikels genannten Tarife sollen wenn möglich zwischen den namhaft gemachten Fluglinienunternehmen beider Vertragschließender Teile in Beratung mit anderen Fluglinienunternehmen, welche die ganze oder einen Teil dieser Strecke befliegen, vereinbart werden. Eine solche Vereinbarung soll wenn möglich das Tariffestsetzungsverfahren des Internationalen Lufttransportverbandes (IATA) berücksichtigen.

(3) Die auf diese Weise vereinbarten Tarife sollen den Luftfahrtbehörden der Vertragschließenden Teile spätestens 30 Tage vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihrer Einführung zur Genehmigung vorgelegt werden. In besonderen Fällen kann diese Frist vorbehaltlich der Zustimmung der genannten Behörden herabgesetzt werden.

(4) Können sich die namhaft gemachten Fluglinienunternehmen nicht auf einen Tarif einigen oder kann aus einem anderen Grund ein Tarif gemäß den Bestimmungen des Abs. 2 dieses Artikels nicht festgelegt werden oder gibt ein Vertragschließender Teil dem anderen während der ersten 15 Tage der in Abs. 3 genannten 30tägigen Frist seinen Wunsch auf Abänderung eines gemäß den Bestimmungen des Abs. 2 dieses Artikels vereinbarten Tarifes bekannt, so sollen die Luftfahrtbehörden der Vertragschließenden Teile versuchen, den Tarif im gegenseitigen Einvernehmen zu bestimmen.

4. Para el transporte de pasajeros, carga y correo que se realice con puntos de una Ruta Especificada situados en el territorio de otros Estados distintos del que designa a la Empresa aérea, se tendrá en cuenta el principio general de que la capacidad ofrecida deberá estar en relación con:

- a) La demanda de tráfico entre el país de origen y los países de destino.
- b) Las exigencias de una explotación económica de las líneas de que se trate.
- c) La demanda de tráfico existente en las regiones que atraviesa, teniendo en cuenta las líneas locales y regionales.

Artículo 6º. — Tarifas de transporte.

1. Las tarifas de las Empresas de transporte aéreo que una de las Partes Contratantes aplique al transporte destinado al territorio de la otra Parte Contratante o procedente del mismo, se establecerán a niveles razonables, teniendo en cuenta todos los factores pertinentes, especialmente el costo de la explotación, un beneficio razonable y las tarifas de las otras Empresas de transporte aéreo.

2. Si es posible, las tarifas mencionadas en el párrafo uno de este Artículo serán fijadas de común acuerdo por las Empresas de transporte aéreo designadas por ambas Partes Contratantes, en consulta con las otras Empresas que exploten toda la Ruta o parte de la misma. De ser factible, se llegará a tal acuerdo mediante el procedimiento de fijación de tarifas establecido por la Asociación de Transporte Aéreo Internacional (I. A. T. A.).

3. Las tarifas así fijadas se someterán a la aprobación de las Autoridades Aeronáuticas de las Partes Contratantes por lo menos treinta días antes de la fecha prevista para que entren en vigor. En casos especiales podrá reducirse este plazo, siempre que estén de acuerdo dichas Autoridades.

4. Si las Empresas de transporte aéreo designadas no pueden ponerse de acuerdo sobre una tarifa cualquiera, o si por cualquier motivo no puede fijarse una tarifa según las disposiciones del párrafo segundo de este Artículo, o si durante los primeros quince días del plazo de treinta días mencionado en el párrafo tercero de este Artículo, una de las Partes Contratantes notifica a la otra Parte Contratante su desacuerdo con alguna tarifa convenida, de conformidad con las disposiciones del párrafo segundo de este Artículo, las Autoridades Aeronáuticas de las Partes Contratantes tratarán de determinar la tarifa de mútuo acuerdo.

(5) Können die Luftfahrtbehörden sich nicht über die Genehmigung eines gemäß Abs. 3 dieses Artikels vorgelegten Tarifes oder über die Festsetzung eines Tarifes gemäß Abs. 4 einigen, so soll die Meinungsverschiedenheit nach den Bestimmungen des Artikels 12 des vorliegenden Abkommens beigelegt werden.

(6) Gemäß den Bestimmungen des Abs. 3 dieses Artikels kann ein Tarif, den die Luftfahrtbehörden eines Vertragschließenden Teiles nicht genehmigt haben, nicht in Kraft treten.

(7) Die gemäß den Bestimmungen dieses Artikels erstellten Tarife bleiben so lange in Kraft, bis neue Tarife gemäß den Bestimmungen dieses Artikels genehmigt worden sind.

Artikel 7. Statistik.

Die Luftfahrtbehörden jedes Vertragschließenden Teiles sollen den Luftfahrtbehörden des anderen Vertragschließenden Teiles auf deren Ersuchen alle statistischen Unterlagen übermitteln, die billigerweise zum Zwecke der Überprüfung der auf den vereinbarten Fluglinien von den namhaft gemachten Fluglinienunternehmen des anderen Vertragschließenden Teiles bereitgestellten Kapazität erforderlich erscheinen. Derartige Unterlagen sollen alle Angaben umfassen, die zur Feststellung des Umfangs des von diesen Fluglinienunternehmen auf den vereinbarten Fluglinien beförderten Verkehrs erforderlich sind.

Artikel 8. Beratungen.

Die Luftfahrtbehörden der Vertragschließenden Teile sollen sich von Zeit zu Zeit im Geiste einer engen Zusammenarbeit beraten, um die zufriedenstellende Anwendung der Bestimmungen des vorliegenden Abkommens zu gewährleisten.

Artikel 9. Abänderung des Abkommens.

(1) Wenn ein Vertragschließender Teil es für zweckmäßig hält, eine Bestimmung des vorliegenden Abkommens abzuändern, kann er eine Beratung mit dem anderen Vertragschließenden Teil verlangen. Eine solche Beratung, die zwischen den Luftfahrtbehörden mündlich oder schriftlich durchgeführt werden kann, soll innerhalb einer Frist von 60 (sechzig) Tagen, gerechnet vom Datum des Ersuchens, beginnen. Alle derart vereinbarten Abänderungen werden in Kraft treten, sobald sie durch diplomatischen Notenwechsel bestätigt worden sind.

(2) Abänderungen der Anhänge einschließlich des Flugstreckenplanes können durch unmittelbare Vereinbarung der zuständigen Luftfahrtbehörden der Vertragschließenden Teile erfolgen.

5. Si las Autoridades Aeronáuticas no pueden convenir la aprobación de una tarifa cualquiera, sometida a ellas, con arreglo al párrafo tercero de este Artículo, ni la fijación de cualquier tarifa de acuerdo con el párrafo cuarto, la controversia será resuelta de conformidad con las disposiciones del Artículo 12° del presente Convenio.

6. Con arreglo a las disposiciones del párrafo tercero de este Artículo, ninguna tarifa entrará en vigor si las Autoridades Aeronáuticas de una de las Partes Contratantes no la aprueba.

7. Las tarifas establecidas de acuerdo con las disposiciones de este Convenio, continuarán en vigor hasta que se hayan fijado nuevas tarifas, de conformidad con las disposiciones de este Artículo.

Artículo 7º. — Estadísticas.

Las Autoridades Aeronáuticas de cada una de las Partes Contratantes deberán facilitar a las Autoridades Aeronáuticas de la otra, si les fuesen solicitados, los informes estadísticos que razonablemente puedan considerarse necesarios para revisar la capacidad requerida en los Servicios convenidos por las Empresas aéreas designadas por la otra Parte Contratante. Dichos informes incluirán todos los datos que sean precisos para determinar el volumen del tráfico transportado por las mencionadas Empresas en los Servicios convenidos.

Artículo 8º. — Consultas.

Las Autoridades Aeronáuticas de las Partes Contratantes se consultarán de vez en cuando, con espíritu de estrecha colaboración, a fin de asegurar la aplicación satisfactoria de las disposiciones del presente Convenio.

Artículo 9º. — Modificación del Acuerdo.

1. Si cualquiera de las Partes Contratantes estima conveniente modificar alguna de las disposiciones del presente Convenio, podrá solicitar una consulta a la otra Parte Contratante; tal consulta, que podrá hacerse entre las Autoridades Aeronáuticas verbalmente o por correspondencia, se iniciará dentro de un plazo de sesenta días a contar de la fecha de la solicitud. Todas las modificaciones así convenidas entrarán en vigor cuando hayan sido confirmadas mediante Canje de Notas por vía diplomática.

2. Las modificaciones de los anejos a este Convenio, incluso el Cuadro de Rutas, podrán hacerse mediante acuerdo directo entre las Autoridades Aeronáuticas competentes de las Partes Contratantes.

Artikel 10. Auswirkung multilateraler Abkommen.

Das vorliegende Abkommen und seine Anhänge sollen abgeändert werden, soweit dies zur Anpassung an ein für beide Vertragschließenden Teile verbindliches multilaterales Übereinkommen erforderlich ist.

Artikel 11. Kündigung.

Jeder Vertragschließende Teil kann dem anderen Vertragschließenden Teil jederzeit seinen Entschluß bekanntgeben, das vorliegende Abkommen zu kündigen. Eine solche Bekanntgabe soll gleichzeitig der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation mitgeteilt werden. In einem solchen Fall läuft das Abkommen zwölf Monate nach dem Zeitpunkt des Erhaltes der Bekanntgabe beim anderen Vertragschließenden Teil ab, sofern die Kündigung nicht vor Ablauf dieser Frist einvernehmlich zurückgezogen wird. Erfolgt keine Empfangsbestätigung durch den anderen Vertragschließenden Teil, so gilt die Kündigung als vierzehn Tage nach Empfang durch die Internationale Zivilluftfahrtorganisation eingegangen.

Artikel 12. Beilegung von Meinungsverschiedenheiten.

(1) Wenn zwischen den Vertragschließenden Teilen über die Auslegung oder Anwendung des vorliegenden Abkommens irgendeine Meinungsverschiedenheit entsteht, so sollen die Vertragschließenden Teile sich zunächst bemühen, diese durch direkte Verhandlungen beizulegen.

(2) Kommen die Vertragschließenden Teile auf dem Verhandlungswege zu keiner Einigung, so kann die Meinungsverschiedenheit einvernehmlich einer Person oder einer Organisation oder auf Ersuchen eines Vertragschließenden Teiles einem Schiedsgericht von drei Schiedsrichtern, von denen je einer von einem Vertragschließenden Teil namhaft zu machen und der dritte von den beiden auf diese Weise ernannten Schiedsrichtern zu bestimmen ist, zur Entscheidung vorgelegt werden. Jeder Vertragschließende Teil soll innerhalb von sechzig Tagen vom Zeitpunkt des Einganges einer diplomatischen Note des einen Vertragschließenden Teiles beim anderen, in der um eine schiedsrichterliche Entscheidung der Meinungsverschiedenheit ersucht wird, einen Schiedsrichter namhaft machen. Der dritte Schiedsrichter soll innerhalb von weiteren sechzig Tagen bestimmt werden. Wenn einer der Vertragschließenden Teile verabsäumt, innerhalb der festgelegten Frist einen Schiedsrichter namhaft zu machen, oder wenn der dritte Schiedsrichter nicht innerhalb der festgelegten Frist ernannt wird, so kann jeder der Vertragschließenden Teile den Präsidenten des

Artículo 10º. — Modificaciones por Acuerdos Multilaterales.

El presente Convenio y sus anejos se enmendarán para que estén en armonía con cualquier Convenio Multilateral que sea obligatorio para las dos Partes Contratantes.

Artículo 11º. — Denuncia.

Cualquiera de las Partes Contratantes podrá, en cualquier momento, notificar a la otra Parte Contratante su decisión de denunciar el presente Convenio. Esta notificación se comunicará simultáneamente a la Organización de Aviación Civil Internacional. Si se hace tal notificación, el Convenio terminará doce meses después de la fecha en que reciba la notificación de la otra Parte Contratante, a menos que dicha notificación se retire por acuerdo mútuo antes de la expiración de dicho plazo. Si la Parte Contratante no acusare recibo de dicha notificación, ésta se considerará recibida catorce días después de que la Organización de Aviación Civil Internacional haya recibido la notificación.

Artículo 12º. — Solución de controversias.

1. En caso de surgir una controversia de interpretación o aplicación del presente Acuerdo entre las Partes Contratantes, éstas tratarán, en primer lugar, de solucionarla mediante negociaciones directas.

2. Si las Partes Contratantes no llegan a una solución mediante negociaciones, la controversia podrá ser sometida, de común acuerdo, a la decisión de cualquier persona u Organismo o, en el caso de que lo solicite una de las Partes Contratantes, podrá ser sometida a la decisión de un Tribunal compuesto por tres árbitros, uno nombrado por cada una de las Partes Contratantes y un tercero designado por los dos primeramente nombrados. Cada una de las Partes Contratantes nombrará un árbitro dentro de un plazo de sesenta días contados desde la fecha en que reciba cualquiera de las Partes Contratantes un preaviso de la otra Parte Contratante, por vía diplomática, solicitando el arbitraje de la controversia; y el tercer árbitro se nombrará dentro de un nuevo plazo de sesenta días. Si cualquiera de las Partes Contratantes no designa un árbitro dentro del plazo señalado o si el tercer árbitro no ha sido designado dentro del plazo fijado, cualquiera de las Partes Contratantes podrá pedir al Presidente del Consejo de la Organización de Aviación Civil Internacional que nombre un árbitro o árbitros, según el caso. En tal caso, el tercer árbitro será

Rates der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation ersuchen, einen oder mehrere Schiedsrichter, wie es der Fall erfordert, zu bestimmen. In einem solchen Fall soll der dritte Schiedsrichter ein Staatsangehöriger eines dritten Staates sein und als Präsident des Schiedsgerichtes fungieren.

(3) Die Vertragsschließenden Teile verpflichten sich, jede nach Abs. 2 dieses Artikels ergangene Entscheidung zu befolgen.

Artikel 13. Registrierung.

Das vorliegende Abkommen und jeder Notenaustausch gemäß Artikel 9 Abs. 1 sollen bei der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation registriert werden.

Artikel 14. Unterzeichnung.

Das vorliegende Abkommen tritt an dem Tage in Kraft, an dem sich die Vertragsschließenden Teile durch Notenaustausch, der so bald wie möglich in Wien stattfinden soll, mitteilen, daß das Abkommen entsprechend ihren verfassungsmäßigen Bestimmungen genehmigt wurde.

Zu Urkund dessen haben die Unterfertigten, hiezu ordnungsgemäß bevollmächtigt, das vorliegende Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen am 19. Februar 1962 zu Wien in doppelter Ausfertigung in deutscher und spanischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise maßgebend sind.

Für die Österreichische Bundesregierung:

B. Kreisky m. p.

Für die Regierung Spaniens:

J. S. de Erice m. p.

nacional de un tercer Estado y actuará como Presidente del Tribunal Arbitral.

3. Las Partes Contratantes se comprometen a respetar toda decisión tomada de acuerdo con el párrafo segundo del presente Artículo.

Artículo 13º. — Registro.

El presente Convenio y cualquier Canje de Notas que se celebre según lo previsto en el Artículo 9º, párrafo uno, se registrarán en la Organización de Aviación Civil Internacional (I. C. A. O.).

Artículo 14º. — Firma.

Este Convenio entrará en vigor el día en que las Partes Contratantes se comuniquen por un Canje de Notas, que tendrá lugar en Viena, en el más breve plazo posible, el cumplimiento por cada una de ellas de la aprobación según sus reglas constitucionales.

En testimonio de lo cual, los abajo firmantes, debidamente autorizados, firman y sellan el presente Convenio.

Hecho en 19 de Febrero de 1962 en Viena en doble ejemplar, en lengua española y alemana, haciendo fe ambos textos.

Por el Gobierno Español,

J. S. de Erice m. p.

Por el Gobierno Austriaco,

B. Kreisky m. p.

Anhang.

Flugstreckenplan.

I. Österreichische Fluglinien

- | | | | |
|---|---|--|----------------|
| A. Österreich über
Zwischenpunkte in | $\left\{ \begin{array}{l} \text{der Bundesrepublik} \\ \text{Deutschland} \\ \text{Frankreich} \\ \text{Italien} \\ \text{der Schweiz} \end{array} \right.$ | $\left. \begin{array}{l} \text{oder} \\ \text{oder} \\ \text{oder} \end{array} \right\}$ | nach Madrid |
| und | | | |
| B. Österreich über
Zwischenpunkte in | $\left\{ \begin{array}{l} \text{der Bundesrepublik} \\ \text{Deutschland} \\ \text{Frankreich} \\ \text{Italien} \\ \text{der Schweiz} \end{array} \right.$ | $\left. \begin{array}{l} \text{oder} \\ \text{oder} \\ \text{oder} \end{array} \right\}$ | nach Barcelona |

ohne Rechte der 5. Luftfreiheit zwischen den Zwischenpunkten und Madrid und Barcelona.

II. Spanische Fluglinien

- | | | | |
|--------------------------------------|---|--|---------------|
| A. Spanien über
Zwischenpunkte in | $\left\{ \begin{array}{l} \text{der Bundesrepublik} \\ \text{Deutschland} \\ \text{Frankreich} \\ \text{Italien} \\ \text{der Schweiz} \end{array} \right.$ | $\left. \begin{array}{l} \text{oder} \\ \text{oder} \\ \text{oder} \end{array} \right\}$ | nach Wien |
| und | | | |
| B. Spanien über
Zwischenpunkte in | $\left\{ \begin{array}{l} \text{der Bundesrepublik} \\ \text{Deutschland} \\ \text{Frankreich} \\ \text{Italien} \\ \text{der Schweiz} \end{array} \right.$ | $\left. \begin{array}{l} \text{oder} \\ \text{oder} \\ \text{oder} \end{array} \right\}$ | nach Salzburg |

ohne Rechte der 5. Luftfreiheit zwischen den Zwischenpunkten und Wien und Salzburg.

Cuadro de rutas.

I. — Línea austriaca

A. — Austria punto intermedio en	$\left\{ \begin{array}{l} \text{Alemania} \\ \text{Francia} \\ \text{Italia} \\ \text{o Suiza} \end{array} \right\}$	— Madrid
B. — Austria punto intermedio en	$\left\{ \begin{array}{l} \text{Alemania} \\ \text{Francia} \\ \text{Italia} \\ \text{o Suiza} \end{array} \right\}$	— Barcelona

Sin derechos de quinta libertad entre España y el punto intermedio elegido.

II. — Línea española

A. — España punto intermedio en	$\left\{ \begin{array}{l} \text{Alemania} \\ \text{Francia} \\ \text{Italia} \\ \text{o Suiza} \end{array} \right\}$	— Viena
B. — España punto intermedio en	$\left\{ \begin{array}{l} \text{Alemania} \\ \text{Francia} \\ \text{Italia} \\ \text{o Suiza} \end{array} \right\}$	— Salzburgo

Sin derechos de quinta libertad entre Austria y el punto intermedio elegido.

Dieses Abkommen wurde gemäß seinem Artikel 14 durch Notenwechsel mit Wirksamkeit vom 11. Mai 1962 in Kraft gesetzt.

Gorbach

156.

Der Bundespräsident erklärt die vom Rat der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gemäß Artikel 26 des Europäischen Währungsabkommens (BGBl. Nr. 75/1960) beschlossenen Abänderungen des Europäischen Währungsabkommens, welche also lauten:

		(Übersetzung)
1. L'article 7 (c) de l'Accord est amendé comme suit:	1. Paragraph (c) of Article 7 of the Agreement shall be amended and shall read as follows:	1. Artikel 7 Absatz (c) des Abkommens wird wie folgt abgeändert:
« (c) La période pendant laquelle les crédits peuvent faire l'objet de tirages n'excède pas trois ans. Les crédits tirés doivent être remboursés dans un délai n'excédant pas trois ans à compter de la date à laquelle ils sont accordés, étant entendu que l'Organisation peut, dans des cas spéciaux, décider qu'ils sont remboursables dans un délai n'excédant pas cinq ans à partir de ladite date. Les remboursements peuvent être effectués avant la date d'échéance. »	“(c) The period in which credits may be drawn shall not exceed three years. Any credit drawn shall be repaid within a period which shall not exceed three years from the date on which it was granted; provided that the Organisation may, in special cases, decide that it shall be repaid within a period which shall not exceed five years from that date. Repayments may be made before the date on which they fall due.”	„(c) Der Zeitraum, in dem Kredite in Anspruch genommen werden können, darf drei Jahre nicht überschreiten. Jeder in Anspruch genommene Kredit ist innerhalb eines Zeitraumes zurückzuzahlen, der vom Zeitpunkt seiner Gewährung an drei Jahre nicht überschreitet; die Organisation kann jedoch in besonderen Fällen beschließen, daß er innerhalb eines Zeitraumes zurückzuzahlen ist, der von diesem Tage an fünf Jahre nicht überschreitet. Rückzahlungen können vor dem Fälligkeitstermin vorgenommen werden.“
2. L'article 11 (a) (2) de l'Accord est amendé comme suit:	2. Paragraph (a) (ii) of Article 11 of the Agreement shall be amended and shall read as follows:	2. Artikel 11 Absatz (a) 2. des Abkommens wird wie folgt abgeändert:
« (2) Les montants qu'elle détiend dans la monnaie de chacune des autres Parties Contractantes dont elle entend obtenir le règlement en vertu du présent Accord; et »	“(ii) any amounts which that Contracting Party holds in the currency of each of the other Contracting Parties which it decides should be subject to settlement under the present Agreement; and”	„2. Beträge, welche sie in der Währung jeder anderen Vertragspartei hält, soweit sie beabsichtigt, diese Beträge unter dem vorliegenden Abkommen abzurechnen; und“
3. L'article 15 de l'Accord est supprimé.	3. Article 15 of the Agreement is deleted.	3. Artikel 15 des Abkommens wird gestrichen.
4. L'article 19 (e) de l'Accord est amendé comme suit:	4. Paragraph (e) of Article 19 of the Agreement shall be amended and shall read as follows:	4. Artikel 19 Absatz (e) des Abkommens wird wie folgt abgeändert:
« (e) Le Président du Comité des Paiements de l'Organisation peut également assister aux séances du Comité Directeur avec le droit de participer à ses discussions mais non à ses décisions. Le Comité Di-	“(e) The Chairman of the Payments Committee of the Organisation may also attend the meetings of the Board of Management with the right to participate in discussion but not in decisions. The	„(e) Der Vorsitzende des Ausschusses für den Zahlungsverkehr im Rahmen der Organisation kann ebenfalls an den Sitzungen des Direktoriums teilnehmen; er ist berechtigt, an den Beratungen, nicht aber an

recteur peut inviter d'autres personnes à assister à ses séances. »	Board of Management may invite other persons to attend its meetings."	der Beschlußfassung mitzuwirken. Das Direktorium kann auch andere Personen zur Teilnahme an seinen Sitzungen einladen."
5. L'article 30 (d) de l'Accord est amendé comme suit:	5. Paragraph (d) of Article 30 of the Agreement shall be amended and shall read as follows:	5. Artikel 30 Absatz (d) des Abkommens wird wie folgt abgeändert:
« (d) Postérieurement à fin de la quatrième année de l'entrée en vigueur du présent Accord, une Partie Contractante peut mettre fin en ce qui la concerne au présent Accord en donnant à cet effet un préavis de trois mois au Secrétaire général de l'Organisation. Le retrait devient effectif à la date à laquelle le préavis expire ou, si les dispositions du Titre II ci-dessus sont applicables à la Partie Contractante en cause, au terme de la période comptable au cours de laquelle le préavis expire, à condition que ladite Partie Contractante ait exécuté toutes ses obligations envers le Fonds à la date de son retrait. Le Secrétaire général notifiera les préavis reçus en vertu du présent paragraphe à toutes les Parties Contractantes. »	“(d) After the end of the fourth year from the coming into force of the present Agreement, a Contracting Party may terminate the present Agreement with regard to itself by giving three months' notice to the Secretary-General of the Organisation. The withdrawal shall take effect on the date on which the period of notice expires or, if the provisions of Part II of the present Agreement apply to the Contracting Party concerned, at the end of the accounting period during which the period of notice expires, provided that the Contracting Party concerned has complied with all its obligations to the Fund on that date. The Secretary-General shall inform all the Contracting Parties of the receipt of any notice given in accordance with the present paragraph.”	„(d) Nach Ablauf des vierten Jahres seit dem Inkrafttreten dieses Abkommens kann eine Vertragspartei dieses Abkommen für sich selbst beenden, indem sie dem Generalsekretär der Organisation die Kündigung mit Dreimonatsfrist mitteilt. Das Ausscheiden wird an dem Tage wirksam, an dem die Kündigungsfrist abläuft, beziehungsweise, wenn die Bestimmungen des Teiles II dieses Abkommens auf die Vertragspartei Anwendung finden, mit dem Ablauf der Abrechnungsperiode, in der die Kündigungsfrist abläuft, vorausgesetzt, daß die betreffende Vertragspartei zu diesem Zeitpunkt allen ihren Verpflichtungen gegenüber dem Fonds nachgekommen ist. Der Generalsekretär hat allen Vertragsparteien vom Eingang jeder gemäß diesem Absatz ausgesprochenen Kündigung Kenntnis zu geben.“
6. L'article 32 (a) et (b) de l'Accord est amendé comme suit:	6. Paragraphs (a) and (b) of Article 32 of the Agreement shall be amended and shall read as follows:	6. Artikel 32 Absatz (a) und (b) des Abkommens wird wie folgt abgeändert:
« (a) Sans préjudice des dispositions de l'Article 31 ci-dessus, l'Organisation procédera, trois mois avant la fin de la quatrième année de l'entrée en vigueur du présent Accord à un examen général du fonctionnement du présent Accord, afin de décider, en consultation avec le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique, dans quelles conditions il pourra demeurer en vi-	“(a) Not later than three months before the end of the fourth year from the coming into force of the present Agreement, the Organisation shall, without prejudice to the provisions of Article 31, carry out a comprehensive review of the operation of the present Agreement, in order to decide, in consultation with the Government of the United States of America, on the con-	„(a) Spätestens drei Monate vor Ablauf des vierten seit dem Inkrafttreten dieses Abkommens verflossenen Jahres wird die Organisation unbeschadet der Bestimmungen in Artikel 31 eine eingehende Untersuchung über die Durchführung dieses Abkommens vornehmen, um zu entscheiden, und zwar in Beratung mit der Regierung der Vereinigten Staaten, unter welchen Be-

gueur au delà de la quatrième année de son entrée en vigueur. (b) Le présent Accord prendra fin au terme de la quatrième année de son entrée en vigueur, en ce qui concerne toute Partie Contractante qui ne participerait pas à la décision de l'Organisation prévue au paragraphe (a) du présent article et les paragraphes (e) et (f) de l'article 30 ci-dessus s'appliqueront alors à ladite Partie Contractante. »	ditions on which it may remain in force as from the end of that year. (b) The present Agreement shall terminate at the end of the fourth year from its coming into force with regard to any Contracting Party which does not take part in the decision taken by the Organisation by virtue of paragraph (a) of the present Article, and paragraphs (e) and (f) of Article 30 shall then apply to that Contracting Party."	dingungen das Abkommen vom Ende des genannten Jahres an weiter in Kraft bleiben kann. (b) Wirkt eine Vertragspartei an der gemäß Absatz (a) dieses Artikels von der Organisation getroffenen Entscheidung nicht mit, so endigt dieses Abkommen für sie mit Ablauf des vierten seit seinem Inkrafttreten verfloßenen Jahres. In diesem Fall findet Artikel 30, Absatz (e) und (f) auf diese Vertragspartei Anwendung."
7. (a) L'article 33 (b) de l'Accord est amendé comme suit: « (b) Sauf décision contraire de l'Organisation, le présent Accord prendra fin après le terme de la quatrième année de son entrée en vigueur si la somme des contributions des Parties Contractantes devient inférieure à 50% du montant total des contributions. »	7. (a) Paragraph (b) of Article 33 of the Agreement shall be amended and shall read as follows: "(b) Unless the Organisation decides otherwise, the present Agreement shall terminate at any time after the end of the fourth year from its coming into force if the contributions of the Contracting Parties should amount, in aggregate, to less than fifty per cent of the total amount of the contributions."	7. (a) Artikel 33, Absatz (b) des Abkommens wird wie folgt abgeändert: „b) Sofern die Organisation nicht anders entscheidet, tritt dieses Abkommen jederzeit nach dem Ende des vierten seit seinem Inkrafttreten verfloßenen Jahres außer Kraft, falls sich die Summe der Beiträge der Vertragsparteien auf weniger als 50 v. H. der Gesamtsumme der Beiträge belaufen sollte.“
(b) L'article 33 (e) (4) de l'Accord est amendé comme suit: « (4) Sous réserve de toute décision que l'Organisation pourra prendre, si nécessaire, en accord avec le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique au sujet du remboursement de tout crédit spécial consenti au Fonds en vertu de l'article 7 bis, le Fonds est liquidé conformément aux dispositions de l'Annexe au présent Accord, lequel restera en vigueur aux fins de liquidation jusqu'à l'achèvement des mesures prévues à ladite Annexe qui fait partie intégrante de l'Accord. »	(b) Paragraph (e) (iv) of Article 33 of the Agreement shall be amended and shall read as follows: "(iv) subject to any decision which the Organisation may take, where required in agreement with the Government of the United States of America, concerning the repayment of any special credit granted to the Fund by virtue of Article 7 bis, the Fund shall be liquidated in accordance with the provisions of the Annex to the present Agreement which shall remain in force for the purposes of liquidation until the provisions of its Annex, which shall form an integral part of the Agreement, are carried out."	(b) Artikel 33 Absatz (e) 4. des Abkommens wird wie folgt abgeändert: „4. vorbehaltlich eines allfälligen, erforderlichenfalls im Einvernehmen mit der Regierung der Vereinigten Staaten von der Organisation gefaßten Beschlusses bezüglich der Rückzahlung eines dem Fonds auf Grund des Artikels 7 A gewährten Sonderkredites, ist der Fonds gemäß den Bestimmungen der Anlage dieses Abkommens, das für die Zwecke der Liquidierung bis zur Durchführung der Bestimmungen dieser Anlage, die einen wesentlichen Bestandteil des Abkommens bildet, in Kraft bleibt, zu liquidieren.

für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der in diesen Abänderungen enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Finanzen und vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, am 2. März 1962.

Der Bundespräsident:

Schärf

Der Bundeskanzler:

Gorbach

Der Bundesminister für Finanzen:

Klaus

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten:

Kreisky

Die vorstehenden Änderungen sind am 1. Jänner 1962 in Kraft getreten; die Bestimmungen des Absatzes 4 werden als am 30. September 1961 wirksam geworden betrachtet.

Gorbach

157.

Der Bundespräsident erklärt das Zusatzprotokoll Nr. 4 zur Abänderung des Europäischen Währungsabkommens vom 5. August 1955 (BGBl. Nr. 75/1960) und des Protokolls über die vorläufige Anwendung vom 5. August 1955, welches also lautet:

PROTOCOLE ADDITIONNEL N° 4 PORTANT AMENDEMENT A L'ACCORD MONÉTAIRE EUROPÉEN DU 5 AOUT 1955 ET AU PROTOCOLE D'APPLICATION PROVISOIRE DU 5 AOUT 1955

LES GOUVERNEMENTS de la République Fédérale d'Allemagne, de la République d'Autriche, du Royaume de Belgique, du Royaume de Danemark, de l'Espagne, de la République Française, du Royaume de Grèce, de l'Irlande, de la République d'Islande, de la République Italienne, du Grand-Duché de Luxembourg, du Royaume de Norvège, du Royaume des Pays-Bas, de la République Portugaise, du Royaume-Uni de

SUPPLEMENTARY PROTOCOL No. 4 AMENDING THE EUROPEAN MONETARY AGREEMENT OF 5th AUGUST 1955 AND THE PROTOCOL OF ITS PROVISIONAL APPLICATION OF 5th AUGUST 1955

THE GOVERNMENTS of the Federal Republic of Germany, the Republic of Austria, the Kingdom of Belgium, the Kingdom of Denmark, Spain, the French Republic, the Kingdom of Greece, Ireland, the Republic of Iceland, the Italian Republic, the Grand Duchy of Luxembourg, the Kingdom of Norway, the Kingdom of the Netherlands, the Portuguese Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern

(Übersetzung)

ZUSATZPROTOKOLL NR. 4 ZUR ABÄNDERUNG DES EUROPÄISCHEN WÄHRUNGSABKOMMENS VOM 5. AUGUST 1955 UND DES PROTOKOLLS ÜBER DIE VORLÄUFIGE ANWENDUNG VOM 5. AUGUST 1955.

DIE REGIERUNGEN der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich, des Königreichs Belgien, des Königreichs Dänemark, Spaniens, der Französischen Republik, des Königreichs Griechenland, Irlands, der Republik Island, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg, des Königreichs Norwegen, des Königreichs der Niederlande, der Portugiesischen Republik, des Vereinigten Königreichs Groß-

Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, du Royaume de Suède, de la Confédération Suisse et de la République Turque;

PARTIES CONTRACTANTES à l'Accord Monétaire Européen (appelé ci-dessous l'« Accord »), signé le 5 août 1955, et au Protocole d'Application Provisoire de l'Accord (appelé ci-dessous le « Protocole d'Application Provisoire »), signé le même jour;

PARTIES CONTRACTANTES aux Protocoles Additionnels Nos 2 et 3 portant amendement à l'Accord, signés respectivement le 27 juin 1958 et le 15 janvier 1960;

SIGNATAIRES de la Convention du 14 décembre 1960 en vertu de l'article 15 de laquelle l'Organisation Européenne de Coopération Économique a été reconstituée le 30 septembre 1961 en Organisation de Coopération et de Développement Économiques (appelée ci-dessous l'« Organisation »);

CONSIDÉRANT que, conformément aux Protocoles Additionnels Nos 2 et 3 et aux Décisions du Conseil de l'Organisation Européenne de Coopération Économique des 20 juillet 1959, 18 décembre 1959 et 19 juillet 1960, les articles 3, 4, 5, 9, 10, 13, 18, 26, 29, 30 et 33 de l'Accord, et le paragraphe 6 du Protocole d'Application Provisoire, ont été amendés et un article 7 *bis* a été ajouté à l'Accord;

CONSIDÉRANT que, conformément au paragraphe 1 du Protocole d'Application Provisoire, à l'article 5 du Protocole Additionnel No 2 et à l'article 7 du Protocole Additionnel No 3, l'Accord ainsi amendé est appliqué à titre provisoire

Ireland, the Kingdom of Sweden, the Swiss Confederation, and the Turkish Republic;

BEING THE CONTRACTING PARTIES to the European Monetary Agreement (hereinafter called the "Agreement") signed on 5th August 1955, and to the Protocol of Provisional Application of the Agreement (hereinafter called the "Protocol of Provisional Application"), signed on the same date;

BEING ALSO THE CONTRACTING PARTIES to Supplementary Protocols Nos. 2 and 3 amending the Agreement, signed on 27th June 1958 and 15th January 1960 respectively;

BEING, FURTHERMORE, SIGNATORIES of a Convention of 14th December 1960 by virtue of Article 15 of which the Organisation for European Economic Co-operation was, on 30th September 1961, reconstituted as the Organisation for Economic Co-operation and Development (hereinafter called the "Organisation");

CONSIDERING that by those Supplementary Protocols Nos. 2 and 3 and by the Decisions of the Council of the Organisation for European Economic Co-operation of 20th July 1959, 18th December 1959 and 19th July 1960, Article 3, 4, 5, 9, 10, 13, 18, 26, 29, 30, and 33 of the Agreement and paragraph 6 of the Protocol of Provisional Application have been amended and an Article 7 *bis* has been added to the Agreement;

CONSIDERING that, in accordance with paragraph 1 of the Protocol of Provisional Application, Article 5 of that Supplementary Protocol No. 2, and Article 7 of that Supplementary Protocol No. 3, the Agreement, as amended, is

britannien und Nordirland, des Königreichs Schweden, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Türkischen Republik

HABEN

ALS VERTRAGSPARTEIEN des am 5. August 1955 unterzeichneten Europäischen Währungsabkommens (im folgenden „Abkommen“ genannt) und des am gleichen Tage unterzeichneten Protokolls über die vorläufige Anwendung des Abkommens (im folgenden „Protokoll über die vorläufige Anwendung“ genannt);

ALS VERTRAGSPARTEIEN der am 27. Juni 1958 und 15. Jänner 1960 unterzeichneten Zusatzprotokolle Nr. 2 und 3 zur Abänderung des Abkommens;

ALS SIGNATARE des Übereinkommens vom 14. Dezember 1960, gemäß dessen Artikel 15 die Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit am 30. September 1961 in die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (im folgenden „Organisation“ genannt) umgestaltet wurde;

IM HINBLICK DARAUF, daß auf Grund der Zusatzprotokolle Nr. 2 und 3 und der Beschlüsse des Rates der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 20. Juli 1959, 18. Dezember 1959 und 19. Juli 1960 die Artikel 3, 4, 5, 9, 10, 13, 18, 26, 29, 30 und 33 des Abkommens sowie § 6 des Protokolls über die vorläufige Anwendung abgeändert worden sind und ein Artikel 7 A dem Abkommen hinzugefügt worden ist;

IM HINBLICK DARAUF, daß gemäß § 1 des Protokolls über die vorläufige Anwendung, Artikel 5 des Zusatzprotokolls Nr. 2 und Artikel 7 des Zusatzprotokolls Nr. 3 die so abgeänderten Bestimmungen des Abkommens vorläufig so ange-

comme si il était entré en vigueur le 27 décembre 1958;

ÉTANT CONVENUS d'apporter certains autres amendements à l'Accord et au Protocole d'Application Provisoire;

CONSIDÉRANT la Décision en date du 12 décembre 1961, par laquelle le Conseil de l'Organisation a approuvé le texte du présent Protocole Additionnel;

SONT CONVENUS de ce qui suit:

Article 1

a. Le septième et le huitième considérants du Préambule à l'Accord sont amendés comme suit:

« DÉSIREUX d'établir un cadre institutionnel pouvant permettre la poursuite de la coopération monétaire en Europe et d'aider les Parties Contractantes à exécuter les décisions de l'Organisation Européenne de Coopération Économique relatives à la politique commerciale et à la libération des échanges et des transactions invisibles;

CONSIDÉRANT la Recommandation en date du 29 juillet 1955 par laquelle le Conseil de l'Organisation Européenne de Coopération Économique a approuvé le texte du présent Accord, l'a recommandé à la signature des Membres de ladite Organisation et a décidé que celle-ci assumerait les fonctions prévues au présent Accord dès sa mise en application; »

b. Les deux considérants suivants sont ajoutés à la fin du Préambule à l'Accord:

being provisionally applied as if it had come into force on 27th December 1958;

HAVING AGREED to make certain further amendments to the Agreement and to the Protocol of Provisional Application; and

HAVING REGARD to the adoption on 12th December 1961 by the Council of the Organisation of a Decision approving the text of the present Supplementary Protocol;

HAVE AGREED as follows:

Article 1

(a) The seventh and eighth clauses of the Preamble to the Agreement shall be amended and shall read as follows:

“DESIRING to establish an institutional framework for the continuance of monetary co-operation in Europe and to aid the Contracting Parties to carry out the decisions of the Organisation for European Economic Co-operation relating to commercial policy and to the liberalisation of trade and of invisible transactions;

CONSIDERING the adoption on 29th July 1955 of a Recommendation of the Council of the Organisation for European Economic Co-operation approving the text of the present Agreement, recommending it to the Members of that Organisation for signature, and providing that that Organisation should assume the functions envisaged under the present Agreement as from the date from which it will apply;”

(b) The following two clauses shall be added at the end of the Preamble to the Agreement:

wendet werden, als ob sie am 27. Dezember 1958 in Kraft getreten wären;

AUF GRUND DER VEREINBARUNG, bestimmte andere Änderungen am Abkommen und am Protokoll über die vorläufige Anwendung vorzunehmen; und

IM HINBLICK auf einen vom Rat der Organisation am 12. Dezember 1961 gefaßten Beschluß, mit dem der Text des vorliegenden Zusatzprotokolls genehmigt wird;

FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

(a) Der siebente und achte Absatz der Präambel zum Abkommen werden wie folgt abgeändert:

„IN DEM WUNSCH, einen institutionellen Rahmen für die Fortsetzung der monetären Zusammenarbeit in Europa zu schaffen und die Vertragsparteien bei der Durchführung der Beschlüsse der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit hinsichtlich der Handelspolitik und Liberalisierung des Warenverkehrs und der unsichtbaren Transaktionen zu unterstützen;

IM HINBLICK AUF die am 29. Juli 1955 erfolgte Annahme einer Empfehlung des Rates der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit, in der der Wortlaut dieses Abkommens genehmigt, seine Unterzeichnung durch die Mitglieder der genannten Organisation empfohlen und bestimmt wird, daß die genannte Organisation die in diesem Abkommen vorgesehenen Funktionen mit Beginn seines Inkrafttretens übernehmen soll;“

(b) Die folgenden zwei Absätze sind am Ende der Präambel zum Abkommen hinzuzufügen:

« CONSIDÉRANT qu'en vertu de l'article 15 d'une Convention signée le 14 décembre 1960, l'Organisation Européenne de Coopération Économique a, le 30 septembre 1961, été reconstituée en Organisation de Coopération et de Développement Économiques (appelée ci-dessous l'« Organisation ») et que les Parties Contractantes au présent Accord, ainsi que le Canada et les États-Unis d'Amérique, se sont engagés à renforcer la tradition de coopération qui s'est développée entre elles et à l'appliquer à des tâches nouvelles et à des objectifs plus larges;

CONSIDÉRANT que la Recommandation du Conseil de l'Organisation Européenne de Coopération Économique, en date du 29 juillet 1955; a été approuvée le 30 septembre 1961 par le Conseil de l'Organisation (appelé ci-dessous le « Conseil ») et qu'en conséquence l'Organisation continue à assumer les fonctions énoncées dans le présent Accord; »

Article 2

L'article 2 de l'Accord est amendé comme suit:

« Article 2

OBJET DU FONDS

Le Fonds a pour objet:

1. de fournir aux Parties Contractantes des crédits pour les aider à faire face à leurs difficultés temporaires de balance globale de paiements et à continuer d'appliquer des politiques libérales et non discriminatoires en matière d'échanges et de paiements; et
2. de faciliter le fonctionnement du Système de Règlements. »

“CONSIDERING that, by virtue of Article 15 of a Convention on 14th December 1960, the Organisation for European Economic Co-operation was, on 30th September 1961, reconstituted as the Organisation for Economic Co-operation and Development (hereinafter called the “Organisation”), in which the Contracting Parties to the present Agreement, together with Canada and the United States of America, have undertaken to strengthen the tradition of co-operation which has evolved among them and apply it to new tasks and broader objectives;

CONSIDERING that the Recommendation of the Council of the Organisation for European Economic Co-operation of 29th July 1955 was approved on 30th September 1961 by the Council of the Organisation (hereinafter called the “Council”) and that accordingly the Organisation continues to assume the functions envisaged under the present Agreement;”

Article 2

Article 2 of the Agreement shall be amended and shall read as follows:

“Article 2

PURPOSES OF THE FUND

The purposes of the Fund shall be:

- (i) to provide the Contracting Parties with credit in order to aid them to withstand temporary overall balance of payments difficulties and to continue to pursue liberal and non-discriminatory trade and payments policies; and
- (ii) to facilitate the operation of the System of Settlements.”

„IM HINBLICK DARAUF, daß gemäß Artikel 15 eines am 14. Dezember 1960 unterzeichneten Übereinkommens die Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit am 30. September 1961 in die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (im folgenden „Organisation“ genannt) umgestaltet worden ist und sich die Vertragsparteien dieses Abkommens sowie Kanada und die Vereinigten Staaten von Amerika verpflichtet haben, die Tradition der Zusammenarbeit, die sich zwischen ihnen herausgebildet hat, zu stärken und sie für neue Aufgaben und weiterreichende Ziele nutzbar zu machen;

IM HINBLICK DARAUF, daß die Empfehlung des Rates der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 29. Juli 1955 am 30. September 1961 die Zustimmung des Rates der Organisation (im folgenden „Rat“ genannt) gefunden hat und die Organisation demnach weiterhin die in diesem Abkommen vorgesehenen Funktionen übernimmt;“

Artikel 2

Artikel 2 des Abkommens wird wie folgt abgeändert:

„Artikel 2

ZWECK DES FONDS

Der Fonds hat den Zweck,

1. den Vertragsparteien Kredit zu gewähren, um ihnen zu helfen, vorübergehenden Schwierigkeiten in der Gesamtzahlungsbilanz entgegenzuwirken und weiterhin eine freizügige, nicht diskriminierende Handels- und Zahlungspolitik zu verfolgen;
2. das Funktionieren des Systems des Zahlungsausgleichs zu erleichtern.“

Article 3

L'article 25 de l'Accord est amendé comme suit:

« *Article 25*

PRIVILEGES ET IMMUNITÉS

a. Les dispositions des Titres II et III du Protocole Additionnel N° I à la Convention de Coopération Économique Européenne, en date du 16 avril 1948, sont en vertu du Protocole Additionnel N° 2 à la Convention relative à l'Organisation de Coopération et de Développement Économiques, en date du 14 décembre 1960, applicables au Fonds ainsi qu'aux avoirs du Fonds, y compris leurs revenus, sans préjudice des dispositions des paragraphes *b* et *c* du présent article.

b. Les avoirs du Fonds, y compris leurs revenus, où qu'ils se trouvent et quels que soient leurs détenteurs, ainsi que les opérations et transactions autorisées par le présent Accord, sont exonérés de tous impôts et de tous droits de douane.

c. Les dispositions de l'article 5 du Protocole Additionnel N° I visé au paragraphe *a* du présent article s'appliquent, en vertu dudit Protocole Additionnel N° 2, à l'or faisant partie des avoirs du Fonds, ainsi qu'à toutes les transactions portant sur cet or. »

Article 4

Le paragraphe 3 (2) de l'Annexe à l'Accord est amendé comme suit:

« 2. l'excédent des intérêts et revenus perçus par le Fonds, sur les intérêts et frais payés par le Fonds jusqu'à la terminaison de l'Accord ou, le cas échéant, jusqu'au terme des règlements se rapportant à la période comptable au terme de laquelle l'Accord prend fin, est réparti

Article 3

Article 25 of the Agreement shall be amended and shall read as follows:

« *Article 25*

PRIVILEGES AND IMMUNITIES

(a) The provisions of Parts II and III of Supplementary Protocol No. I to the Convention for European Economic Co-operation of 16th April 1948 shall, as provided for by the Supplementary Protocol No. 2 to the Convention on the Organisation for Economic Co-operation and Development of 14th December 1960, apply to the Fund and its assets, including income, without prejudice to the provisions of paragraphs (b) and (c) of the present Article.

(b) The assets of the Fund, including income, wherever located and by whomsoever held, and the operations and transactions authorised under the present Agreement shall be immune from all taxation and from all customs duties.

(c) The provisions of Article 5 of the Supplementary Protocol No. I referred to in paragraph (a) of the present Article shall, as provided for by the said Supplementary Protocol No. 2, apply to gold included in the assets of the Fund and to all transactions concerning such gold."

Article 4

Paragraph 3(ii) of the Annex to the Agreement shall be amended and shall read as follows:

"(ii) the amount by which the interest paid to, and the income of, the Fund have exceeded the interest paid by, and the expenses incurred by, the Fund until the termination of the Agreement or, where appropriate, on completion of the settlements relating to the ac-

Artikel 3

Artikel 25 des Abkommens wird wie folgt abgeändert:

„*Artikel 25*

PRIVILEGIEN UND IMMUNITÄTEN

(a) Die Bestimmungen des Teiles II und III des Zusatzprotokolls Nr. 1 zur Konvention über die Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 16. April 1948 finden gemäß Zusatzprotokoll Nr. 2 zu dem Übereinkommen über die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom 14. Dezember 1960 Anwendung auf den Fonds und seine Vermögenswerte, einschließlich ihrer Erträge, unbeschadet der Bestimmungen in Absatz (b) und (c) dieses Artikels.

(b) Die Vermögenswerte des Fonds, einschließlich ihrer Erträge, wo und in wessen Besitz sie sich auch befinden, sowie die nach diesem Abkommen zulässigen Operationen und Geschäfte sind von allen Steuern und Zollabgaben befreit.

(c) Auf die zu den Vermögenswerten des Fonds gehörenden Goldbestände und auf alle Geschäfte, die diese Goldbestände betreffen, finden gemäß dem genannten Zusatzprotokoll Nr. 2 die in Absatz (a) dieses Artikels erwähnten Bestimmungen des Artikels 5 des Protokolls Nr. 1 Anwendung."

Artikel 4

§ 3 (2) der Anlage des Abkommens wird wie folgt abgeändert:

„2. ist der Betrag, um den bis zur Beendigung des Abkommens oder gegebenenfalls bei Abschluß der Abrechnungen für die Abrechnungsperiode, mit deren Ablauf das Abkommen endigt, die an den Fonds gezahlten Zinsen und die Einnahmen des Fonds höher sind als

entre le capital résiduel et les Parties Contractantes, proportionnellement à la moyenne des sommes versées au Fonds en vertu des paragraphes *a* à *c* et du paragraphe *d* de l'article 4 de l'Accord, compte tenu des intérêts déjà payés à chacune des Parties Contractantes et des montants du revenu net du Fonds, proportionnels aux paiements d'intérêts que le Fonds est censé conserver au titre du capital résiduel à compter de la date à laquelle chacun de ces paiements d'intérêts est effectué; enfin, »

Article 5

Le paragraphe 9 *c* de l'Annexe à l'Accord est amendé comme suit:

« *c*. L'application des dispositions des sous-paragraphes *a* et *b* du présent paragraphe est subordonnée à l'accord du Gouvernement des États-Unis d'Amérique, qui peut décider, en consultation avec l'Organisation, de réserver tout ou partie des montants visés au sous-paragraphe *a* du présent paragraphe au profit des pays qui sont ou qui ont été à une époque quelconque Parties Contractantes à l'Accord, individuellement ou collectivement. Au cas où le Gouvernement des États-Unis d'Amérique déciderait d'écarter l'application des sous-paragraphes *a* et *b* du présent paragraphe, il le notifiera à l'Organisation dans les trois mois de la terminaison du présent Accord. »

Article 6

La clause finale de l'Accord est amendée comme suit:

counting period at the end of which the Agreement terminates, shall be distributed between the Residual Capital and each of the Contracting Parties in proportion to the average payments made to the Fund by virtue of, respectively, paragraphs (*a*) to (*c*) and paragraph (*d*) of Article 4 of the Agreement, taking account of the interest payments already made to each of the Contracting Parties and of amounts of the net income of the Fund proportional to such interest payments, which shall be deemed to be held by the Fund on account of the Residual Capital as from the date on which each such interest payment is made; and, finally,"

Article 5

Paragraph 9 (*c*) of the Annex to the Agreement shall be amended and shall read as follows:

"(*c*) The application of the provisions of sub-paragraphs (*a*) and (*b*) of the present paragraph shall be subject to the agreement of the Government of the United States of America which, in consultation with the Organisation, may decide to earmark the whole or part of the amounts referred to in sub-paragraph (*a*) of the present paragraph for the benefit of countries which are or which have at any time been Contracting Parties to the Agreement, either individually or as a group. Should the Government of the United States of America decide that the provisions of sub-paragraphs (*a*) and (*b*) of this paragraph shall not be applied, it will so notify the Organisation within three months after the termination of the present Agreement."

Article 6

The final clause of the Agreement shall be amended and shall read as follows:

die vom Fonds gezahlten Zinsen und die ihm entstandenen Ausgaben, zwischen dem Restkapital und den Vertragsparteien aufzuteilen im Verhältnis der gemäß Artikel 4, Absatz (*a*) bis (*c*) und Absatz (*d*) des Abkommens an den Fonds geleisteten durchschnittlichen Zahlungen, wobei die an jede Vertragspartei bereits geleisteten Zinszahlungen sowie die zu den Zinszahlungen im Verhältnis stehenden Beträge der Nettoeinnahmen des Fonds, deren Haftung als Restkapital ab dem Tage der Leistung jeder dieser Zinszahlungen vom Fonds vorausgesetzt wird, zu berücksichtigen sind; und schließlich"

Artikel 5

§ 9 (*c*) der Anlage des Abkommens wird wie folgt abgeändert:

„(*c*) Die Anwendung der Bestimmungen in Absatz (*a*) und (*b*) dieses Paragraphen bedarf der Zustimmung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, die in Beratung mit der Organisation bestimmen kann, daß die in Absatz (*a*) dieses Paragraphen erwähnten Beträge zum Nutzen der Länder, die Vertragsparteien des Abkommens sind oder dies zu irgendeinem Zeitpunkt waren (und zwar für sie als einzelne Länder oder als Gruppe) gesondert zurückgestellt werden. Sollte die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika entscheiden, daß die Bestimmungen der Absätze (*a*) und (*b*) dieses Paragraphen keine Anwendung finden, so wird sie die Organisation innerhalb von drei Monaten nach der Beendigung dieses Abkommens entsprechend benachrichtigen.“

Artikel 6

Die Schlußklausel des Abkommens wird wie folgt abgeändert:

« FAIT A PARIS, le cinq août mil neuf cent cinquante-cinq, en français et en anglais, les deux textes faisant également foi, en un exemplaire unique qui restera déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation. »

Article 7

La clause finale du Protocole d'Application Provisoire de l'Accord est amendée comme suit:

« FAIT A PARIS, le cinq août mil neuf cent cinquante-cinq, en français et en anglais, les deux textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui restera déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation. »

Article 8

1. Les articles 1 à 7 du présent Protocole Additionnel font partie intégrante de l'Accord.

2. Le présent Protocole Additionnel sera ratifié ou approuvé. Il entrera en vigueur lors de l'entrée en vigueur de l'Accord ou, si le présent Protocole Additionnel n'est pas ratifié ou approuvé par tous les Signataires à cette date, dès le dépôt des instruments de ratification ou d'approbation par tous les Signataires.

3. Le présent Protocole Additionnel demeurera en vigueur jusqu'à la terminaison de l'Accord; les dispositions des articles 30, 31, 32 et 33 de l'Accord s'appliquent au présent Protocole Additionnel dans les mêmes conditions qu'à l'Accord.

Article 9

Nonobstant les dispositions du paragraphe 2 de l'article 8, les Parties au présent Protocole Additionnel appliqueront ses

“DONE IN PARIS this fifth day of August, Nineteen Hundred and Fifty Five, in the English and French languages, both texts being equally authentic, in a single copy which shall remain deposited with the Secretary-General of the Organisation.”

Article 7

The final clause of the Protocol of Provisional Application of the Agreement shall be amended and shall read as follows:

“DONE IN PARIS this fifth day of August, Nineteen Hundred and Fifty Five, in the English and French languages, both texts being equally authentic, in a single copy which shall remain deposited with the Secretary-General of the Organisation.”

Article 8

1. Articles 1 to 7 of the present Supplementary Protocol shall form an integral part of the Agreement.

2. The present Supplementary Protocol shall be ratified or approved. It shall come into force as soon as the Agreement comes into force or, if the present Supplementary Protocol has not been ratified or approved by all the Signatories by that date, it shall come into force upon the deposit of the instruments of ratification or approval by all Signatories.

3. The present Supplementary Protocol shall remain in force until the termination of the Agreement provided that Articles 30, 31, 32 and 33 of the Agreement shall apply in relation to the present Supplementary Protocol as they apply to the Agreement.

Article 9

Notwithstanding the provisions of paragraph 2 of Article 8, the Parties to the present Supplementary Protocol

„GEGEBEN zu Paris am 5. August 1955, in englischer und französischer Sprache, wobei beide Fassungen in gleicher Weise maßgebend sind, in einem einzigen Exemplar, das beim Generalsekretär der Organisation hinterlegt bleibt.“

Artikel 7

Die Schlußklausel des Protokolls über die vorläufige Anwendung des Abkommens wird wie folgt abgeändert:

„GEGEBEN zu Paris am 5. August 1955, in englischer und französischer Sprache, wobei beide Fassungen in gleicher Weise maßgebend sind, in einem einzigen Exemplar, das beim Generalsekretär der Organisation hinterlegt bleibt.“

Artikel 8

1. Die Artikel 1 bis 7 dieses Zusatzprotokolls sind Bestandteile des Abkommens.

2. Dieses Zusatzprotokoll ist zu ratifizieren oder zu genehmigen. Es tritt zu demselben Zeitpunkt wie das Abkommen in Kraft oder, wenn dieses Zusatzprotokoll zu diesem Zeitpunkt noch nicht von Signataren ratifiziert oder genehmigt ist, nach Hinterlegung der Ratifikations- oder Genehmigungsurkunden durch alle Signatare.

3. Dieses Zusatzprotokoll bleibt bis zur Beendigung des Abkommens in Kraft, wobei die Artikel 30, 31, 32 und 33 des Abkommens für dieses Zusatzprotokoll ebenso wie für das Abkommen gelten.

Artikel 9

Unbeschadet der Bestimmungen von Artikel 8 Absatz 2 werden die Vertragsparteien dieses Zusatzprotokolls seine

dispositions à partir du 1^{er} janvier 1962, étant entendu que les amendements à l'Accord effectués en vertu des articles 1 à 3 et 5 à 7 seront censés avoir pris effet au 30 septembre 1961 et que l'amendement audit Accord effectué en vertu de l'article 4 sera censé avoir pris effet au 14 avril 1960.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires soussignés, dûment habilités, ont apposé leurs signatures au bas du présent Protocole.

FAIT A PARIS, le douze décembre mil neuf cent soixante et un, en français et en anglais, les deux textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui restera déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation de Coopération et de Développement Économiques, qui en communiquera une copie certifiée conforme à tous les Signataires du présent Protocole.

shall apply its provisions as from 1st January 1962, it being understood that the amendments to the Agreement made by Article 1 to 3 and 5 to 7 shall be deemed to have taken effect as from 30th September 1961 and that the amendment thereto made by Article 4 shall be deemed to have taken effect as from 14th April 1960.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned Plenipotentiaries, duly empowered, have appended their Signatures to the present Protocol.

DONE in Paris, this twelfth day of December, Nineteen Hundred and Sixty One, in the English and French languages, both texts being equally authentic, in a single copy which shall remain deposited with the Secretary-General of the Organisation for Economic Co-operation and Development, by whom certified copies shall be communicated to all Signatories of the present Protocol.

Bestimmungen ab 1. Jänner 1962 anwenden, wobei Einvernehmen darüber besteht, daß die gemäß Artikel 1 bis 3 und 5 bis 7 erfolgten Abänderungen des Abkommens als am 30. September 1961 und die gemäß Artikel 4 erfolgte Abänderung des Abkommens als am 14. April 1960 wirksam geworden betrachtet werden.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Vertreter auf Grund gehöriger Vollmachten dieses Protokoll mit ihren Unterschriften versehen.

GEGEBEN zu Paris am 12. Dezember 1961 in englischer und französischer Sprache, wobei beide Fassungen in gleicher Weise maßgebend sind, in einem einzigen Exemplar, das beim Generalsekretär der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hinterlegt bleibt, der allen Signatären des Protokolls beglaubigte Abschriften zustellen wird.

für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der in diesem Zusatzprotokoll enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Finanzen und vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, am 2. März 1962.

Der Bundespräsident:

Schärf

Der Bundeskanzler:

Gorbach

Der Bundesminister für Finanzen:

Klaus

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten:

Kreisky

Das vorstehende Zusatzprotokoll wird gemäß seinem Artikel 9 ab 1. Jänner 1962 vorläufig angewendet, wobei die gemäß Artikel 1 bis 3 und 5 bis 7 erfolgten Abänderungen des Abkommens als am 30. September 1961 und die gemäß Artikel 4 erfolgte Abänderung des Abkommens als am 14. April 1960 wirksam geworden betrachtet werden.

Das vorstehende Zusatzprotokoll ist bisher von Dänemark und Island ratifiziert worden.

Gorbach

Druck der Österreichischen Staatsdruckerei.